

Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 866 im Vereinsregister Zwickau,
(<http://www.grueneliga.de> - Gesteinsabbau im Internet)

Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der Grünen Liga.



Steinbeisser 4/99

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Redaktion: Ulrich Wieland, Prof. Virchowstr. 8, 08280 Aue, Tel. 0371-832 172, e-mail: gl.gesteinsabbau@LINK-L.CL.SUB.DE

Aue, 30.09.99

Kto-Nr.: 3850516325 Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg BLZ: 870 560 00

außerdem Spendenkonto (nur hier Spendenquittungen):

Kto-Nr.2224000181 Sparkasse Zwickau BLZ 87055000 (nur mit vollständ. Adresse u. Vermerk: Spende Netzwerk 3.99999.11111)



Liebe Freunde und
Mitglieder

In der letzten
Mitgliederversammlung des
Netzwerkes wurde
beschlossen, an dieser
Stelle einen Aufruf zur
Sammlung von
Unregelmäßigkeiten bei
Beantragungen, Betrieb und

Genehmigung von Kies-, Sand- und Steinbrüchen zu
starten.

Ziel der Aktion soll eine Übersicht über Fälle sein, in
denen Bürgerinitiativen auf Vorkommnisse bzw. den
Verdacht von Korruption und Vorteilnahme stießen.
Außerdem sollen auch solche Probleme wie wilde
Sprengungen, fehlende Reaktionen auf Anzeigen und
Hinweise bei Behörden sowie Nichtberücksichtigung
von Einwendungen gesammelt werden. Ein erstes
Beispiel ist der Artikel über mutmaßliche Unregelmä-
ßigkeiten an der "Alten Poste" (Seite 9)

Natürlich sollte alles belegbar bzw. durch Zeugen-
aussagen erhärtbar sein, um mit dem gesammelten
Material fundiert argumentieren zu können. Ich bitte
alle, die zu dieser Datensammlung beitragen können
um eine schriftliche Rückinformation per Brief oder e-
mail bis spätestens 1. November 1999. Die Info soll
in kurzen Worten folgende Daten enthalten:
Zeitraum des Vorkommnisses, betroffenes Abbauvor-
haben, Sachverhalt, Beweise/Belege/Zeugen,
evtl. Reaktion von Behörden, Bemerkungen.

Vielen Dank schon im voraus

Für Ihre Arbeit wünsche ich Ihnen viel Ausdauer,
Freude und Kraft
Herzliche Grüße

Ihr Ulrich Wieland

Inhalt

1. Hornoer Verhandlungsangebot von Laubag zurückgewiesen	Seite 2
2. Libkovice gibt nicht auf	Seite 2
3. Interview zu Libkovice	Seite 5
4. Wanderung im Wildenfelser Zwischen-gebirge	Seite 5
5. 40 Jahre Elbe-Kieswerk – ein Beispiel	Seite 6
6. Fachseminar Rekultivierungslösungen	Seite 8
7. Abbaugenehmigungen – eine unendliche Geschichte	Seite 10
8. Streit um Heuersdorf vor Gericht	Seite 11
9. Mutmaßliche Befangenheit im sächs. Wirtschaftsministerium	Seite 13
10. Biosphärenreservate und Steinbrüche	Seite 13
11. Steinbrucharbeitergenossenschaft in Sündindien gegründet	Seite

Termine :

1. Achtung, Ortsänderung!!!!!!

**Freitag, den 8.10.99: 19.00 Uhr Mitgliederver-
sammlung in Clausnitz bei Mittweida, Jugend-
club, am Anger 10**

geplant ist eine Vorstellung des Raumordnungsver-
fahrens zum geplanten Abbaugebietes Diethensdorf.
Gleichzeitig soll das Treffen der Begegnung und dem
Kennenlernen der Bürgerinitiative Clausnitz-
Diethensdorf dienen.

**2. Freitag, den 26.11.99: 19.00 Uhr Mitgliederver-
sammlung in Mittweida, Kirchgemeindehaus**

**3. Freitag, den 21.01.2000: 19.00 Uhr Mitglieder-
versammlung in Zwickau, Nicolaistr. 19**

1. Hornoer Verhandlungsangebot von LAUBAG zurückgewiesen

Rechtsanwältin Ursula Philipp-Gerlach

Fachanwältin für Verwaltungsrecht

Schleusenstraße 18
60327 Frankfurt/Main

Tel.: 069-232071 Fax: 069-232090

e-mail: uphilipp@t-online.de

in Kooperation mit: Roland Giebenrath
D.E.A. Droit Communautaire
Rechtsanwalt 14 quai Kleber
F-67000 Strasbourg
Tel.: 0388 214673 Fax: 0388 756010

Frankfurt am Main / Straßburg, 13.05.1999

- Ministerpräsident Stolpe soll Zwangsumsiedlung überprüfen -

Die im Rahmen der Tagebauführung Jänschwalde von einer Zwangsumsiedlung bedrohten Bürger des Dorfes Horno (Lausitz) haben der Landesregierung von Brandenburg und der LAUBAG (Lausitzer Braunkohle AG) die von ihnen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eingereichte Beschwerdeschrift übersandt und auf die veränderten Rahmenbedingungen für die Weiterführung des Tagebaus Jänschwalde hingewiesen, welche der Rechtmäßigkeit einer Abaggerung ihres Dorfes entgegenstehen.

Die LAUBAG hat das Gesprächsangebot abgelehnt und die Landesregierung um eine zügige Durchführung der Zwangsumsiedlung gebeten. Dagegen wendet sich die Bevölkerung Hornos, die jetzt den Ministerpräsidenten erneut angeschrieben und auf die Rechtswidrigkeit einer solchen Maßnahme nach deutschen wie europäischen Normen hingewiesen hat.

Hintergrund der anhaltenden Diskussion um die Abaggerung Hornos sind die Zweifel an der Notwendigkeit einer Weiterführung des Tagebaus, insbesondere unter Inanspruchnahme des sich in einer Randlage befindlichen sorbischen Dorfes, unter dem sich kein nennenswerter Braunkohleflöz befindet.

Die sorbische Bevölkerung Hornos verweist vor allem auf den europäischen Minderheitenschutz, dem sich auch die Bundesrepublik völkerrechtlich verpflichtet hat.

Als zusätzlicher Aspekt wird auf die Veränderungen in der Energiepolitik und die schlechte Marktsituation der Braunkohle verwiesen. Aufgrund des sich entwickelnden freien Wettbewerbs auf dem Energiesektor und der Einführung der Besteuerung von aus fossilen Brennstoffen gewonnenen Stroms werde der Braunkohlebedarf des Kraftwerks Jänschwalde weiter zu-

rückgehen. Dies belegen aktuelle Zahlen, nach denen der Auslastungsgrad des Kraftwerks Jänschwalde, bedingt durch die Inbetriebnahme der neuen Kraftwerke „Schwarze Pumpe“, Lippendorf und Boxberg, weiter zurückgehen wird.

Braunkohlekraftwerke gelten aufgrund ihres geringen Wirkungsgrads von nur 20 - 40 % als ineffizient, vor allem im Vergleich zu Gas- und Dampfturbinen, welche auf einen Wert von 80 % kommen.

Zusätzlich wird die Energiegewinnung aus Braunkohle von den Plänen der Europäischen Union zur Einführung einer CO² - Abgabe belastet.

Es bestehen daher erhebliche Zweifel, ob der auf 30 Jahre geplante Braunkohleabbau wirtschaftlich und subventionsfrei durchgeführt werden kann, zumal die Schutzklausel für die ostdeutsche Wirtschaft im Jahre 2003 ausläuft.

Für die Hornoer käme diese Einsicht dann freilich zu spät, da sich der Tagebau bereits unmittelbar vor der Ortslage befindet.

Nähere Informationen erhalten Sie bei:
RA Giebenrath 00-33-3-88 214673
RAin Philipp-Gerlach - Dirk Teßmer 069 - 23 20 71

2. Libkovice gibt nicht auf

Böhmische Braunkohle darf Dorf nicht fressen

Aus dem Internet bekamen wir einen Aufruf des Friedenszentrums in Brandysek zugeschickt, den ich hier wiedergebe. Wir haben die Petition an das Tschechische Parlament unterstützt und bitten Sie, sich dem Aufruf anzuschließen

>| \|
>| -0- Mírové centrum
>| /\
>| W W c/o Adéla Kubíčková
>| \ ^ /\
>| \| Cvrčovice 215
>| \| CZ - 273 41 BRANDÝSEK
>| / \| Czech Republic
>| / \| e-mail: mirove.centrum@ecn.cz
>| ----- tel.: +420.312.693 612
>| mobile: +420.603.569 243
>|

Ehemalige Einwohner von Libkovice wollen Ihr Dorf zurückkaufen

Die Zerstörung eines 800 Jahre alten Dorfes und der Dorfgemeinschaft für ein Bergbauprojekt, das nicht stattfinden wird, ist ein Bruch der Menschenrechte.

Es wird den ehemaligen Eigentümern schwierig gemacht, Ihr Eigentum zurückzuerhalten, da es nach der Zerstörung völlig verändert sein würde.

Die Tschechische Regierung wurde in einer Petition angerufen, die Zerstörungen zu reparieren. Bitte unterstützt die Bevölkerung von Libkovice.

Im letzten Dezember wurde das letzte Haus des früheren Dorfes Libkovice zerstört - Diesem Tag war ein zehn Jahre währender Todeskampf vorausgegangen. Vor zwei Monaten wurde klar, daß der Braunkohleabbau, für den das Dorf entvölkert wurde, definitiv nicht ausgeführt wird. 50 Dorfbewohner (fast 10 % der früheren Bevölkerung) haben nun eine Petition an das tschechische Parlament und den verantwortlichen Minister unterzeichnet, um den Rückkauf ihres ehemaligen Besitzes zu beantragen - und zwar zum gleichen Preis, zu dem sie es an das Bergbauunternehmen verkaufen mußten. Dadurch wollen sie wieder das Gebiet zurückbekommen, in dem das Dorf einmal stand, um einen Teil ihrer zerstörten Heimat wiederaufzubauen. Ihrer Ansicht nach wurde ihr berechtigtes Anliegen von den zuständigen Behörden bisher nicht mit der angemessenen Aufmerksamkeit behandelt. Nun wollen die Unterzeichner dieses Briefes die Behörden anmahnen, ihren Teil gegen die erlittene Ungerechtigkeit zu tun.

Deshalb bitten wir Ihre Organisation, den als Anlage beigefügten Brief zu unterzeichnen, um damit die ehemaligen Dorfbewohner von Libkovice zu unterstützen. Nachfolgend finden Sie eine kurze Zusammenfassung der gegenwärtigen Situation von Libkovice. Angefügt ist außerdem ein kurzer Abriss des Falles Libkovice.

LIBKOVICE - DIE LETZTEN MONATE

Im letzten November unterzeichnete der ehemalige Bürgermeister von Libkovice, Stanislav Brichacek eine Vereinbarung mit der staatlichen Braunkohlenfirma "Doly Hlubina", nach der er sein Haus verlassen und seinen Gerichtsprozeß aufgeben würde, in dem er versuchte, den Verkauf des Hauses von 1987 rückgängig machen, weil der nur unter starkem psychischem Druck zustande gekommen wäre.

Nach diesem Vertrag sollte das Unternehmen ihm als Gegenleistung Baumaterialien zur Verfügung stellen, die ihm sowieso als Ausgleich für das durch den Abriss verlorengegangene Material rechtmäßig zustehen. Herr Brichacek benötigte dieses Material dringend, um ein neues Haus für die Familie seines jüngsten Sohnes aufzubauen, die seit dem Exodus mit ihm und seiner Frau sowie seinem ältesten Sohn in einer Dreiraumwohnung lebt. Herr Brichaceks Gesundheit ist schwer angeschlagen - er leidet an Krebs und kann fast nicht mehr laufen. Dieser Zustand ist nicht zuletzt auf einen Anschlag des amtierenden Direktors von "Doly Hlubina", der versucht hatte, ihn mit dem Auto zu überfahren. Selbst für jemanden, der in den letzten Jahren als einer der letzten Verbliebenen im Dorf lebte, wurde der Druck so groß, daß es nur zu verständlich ist, wenn er zum Schluß aufgab.

"Doly Hlubina" ist eine zu 100% staatseigene Firma, die in der juristischen Nachfolge der staatlichen Bergbaubetriebe in der Region steht. Faktisch tritt jedoch die zu 46% staatseigene Firma MUS als Abbaubetrieb auf, die praktisch auch für das Geschehen rund um Libkovice, einschließlich des Handelns von Doly Hlubina verantwortlich ist.

Im letzten Mai wurde die Braunkohlengrube Kohinoor II, auf deren Gebiet Libkovice liegt infolge der schlechten wirtschaftlichen Situation der Mutterfirma MUS geschlossen. Damit wird der Kohlenabbau unter Libkovice definitiv nicht stattfinden. Die Mutterfirma MUS versucht zwar, die wahren Gründe für die Schließung von Kohinoor II unter Verweis auf eine frühere Entscheidung zur Beendigung des AKW Temelin zu verschleiern. Allerdings ist offensichtlich, daß sowohl die ökonomische als auch die politische Situation zu dieser Schließung und zu einem Niedergang der gesamten Kohleindustrie im Nordböhmischen Becken führte.

Obwohl schwierig mit Dokumenten zu beweisen, sieht es sehr danach aus, daß Libkovice aus Profitgründen absichtlich zerstört wurde. Obwohl offiziell das Dorf in einem schleichenden Prozeß zerstört werden sollte (z.B. durch Abdeckung der Dächer - Anm. D. Übers.) erhielt eine Abrißfirma eines leitenden Angestellten von Doly Hlubina den Auftrag zum Abriss des zu diesem Zeitpunkt - 1990/91 - bereits dem Unternehmen gehörenden Dorfes. Der Tschechische Staat - ebenfalls alleiniger Besitzer von Doly Hlubina - war der einzige, der für die Zerstörung zu zahlen hatte. Auf diesem Wege wanderten viele Millionen Tschechischer Kronen in einen geschlossenen Freundeskreis. Das Schicksal der 686 Dorfbewohner spielte keine Rolle. Proteste gegen diesen Zustand wurden ignoriert, ebenso wiederholte Aufrufe zu einer unabhängigen Untersuchung. Auf der anderen Seite wurden mehrere unabhängige Gutachten zur Ertragsprognose der Kohlevorkommen gemacht, die letztlich die Ursache für die Dorfzerstörung waren. Diese lassen berechtigte Zweifel an den Fundamenten aufkommen, auf deren Basis die Entscheidung zur Devastierung getroffen wurde. Trotz einer lebhaften Berichterstattung fanden diese Vorgänge keine Resonanz. Die Art und Weise der Zerstörung von Libkovice läßt das ganze nun so aussehen, als ob Staatsknete ganz legal in die Taschen des Unternehmens fließen sollte

In den letzten Wochen starteten die ehemaligen Einwohner eine Petition, in der die Regierung angefragt wurde, ob ein Rückkauf der verkauften Flächen zum selben Preis wie beim Verkauf an Doly Hlubina möglich ist.

Das war eine Reaktion auf die Hinweise, daß Doly Hlubina nach wohlbetuchten Käufern Ausschau hielt. Das geschah vor 1996, als das in Libkovice stattfindende Jugend-Aktions-Camp "Ecotopia" die Firma

zwang, das Gerücht vom Verkauf an Meistbietende zu dementieren.

Zu dieser Zeit reparierte Doly Hlubina die Stromversorgungs-Infrastruktur im gesamten Gemeindegebiet.

LIBKOVICE - ein kurzer historischer Abriss

1986 feierte Libkovice sein achthundertjähriges Jubiläum. Über Jahrhunderte hinweg war es von einer tschechischen Mehrheit bewohnt - eine Ausnahme in den normalerweise von Deutschen bewohnten böhmischen Gemeinden. Ein Jahr später kam die Mitteilung, daß Libkovice aufgrund der expandierenden Kohinoor II zerstört werden sollte - nur ein paar Tage vor dem formalen Ende der Klagefrist. Die kommunistische Bergbaubehörde versuchte offensichtlich, damit weitmöglichst den Problemen mit der Bevölkerung aus dem Weg zu gehen.

Damit startete eine Politik des "Teile und Herrsche", indem einigen Leuten höhere Preise für ihr Eigentum angeboten wurde, jene jedoch, die mit einem Verkauf zögerten, wurden mit Dumpingpreisen bestraft.

Im Sommer 1989 war der größte Teil des Dorfes an das Bergbauunternehmen Doly Hlubina verkauft. Mehrere der noch zögernden Bewohner hatten Warnungen erhalten, daß sie möglicherweise vertrieben würden.

Die politische Wende 1989 brachte zunächst die Evakuierung und Zerstörung Libkovices zum Stillstand. Die Bevölkerung wählte den ausgewiesenen Grubengegner und örtlichen Polizisten Stanislav Brichacek zum Bürgermeister während der ersten freien Kommunalwahlen. Aber das Bergbauunternehmen drängte weiter. Libkovice benötigte eine Fristverlängerung. Junge Aktivisten halfen den Einwohnern dabei, Haus für Haus gegen das Abrißunternehmen zu verteidigen. Die Medien publizierten, unterstützt vom Präsidenten Vaclav Havel und weiten Bevölkerungsteilen, breit das Thema. Aber die Räder der Bürokratie waren nicht zu stoppen.

Ende 1992 waren nur noch eine Handvoll Häuser bewohnt, darunter das Haus des Bürgermeisters Brichacek, welcher schwor, er würde das Dorf nur als toter Mann verlassen. Er setzte seinen Kampf mit teils offener, teils versteckter Unterstützung einer Mehrheit ehemaliger Einwohner bis November letzten Jahres fort. Während all dieser Zeit ertrug er Einschüchterungen der schlimmsten Sorte inklusive nächtlichen Telefonterror, zerschnittener Stromkabel, Sabotageakte an Auto und Traktor, Kappung der Telefonleitungen während wichtiger Ereignisse, filmender Eindringlinge und während der letzten zwei Jahre schnitt man ihn von der Frischwasserversorgung ab, was für einen Menschen mit krankem Bein und Krebs nur schwer zu bewältigen ist.

Er verließ sein Haus im Dezember 1998, um seine Familie in einem schmalen Appartement in Lom, ca. 2 km von Libkovice zusammenzuführen. Daraufhin zerstörte das Unternehmen innerhalb von Tagen die Reste seines Hauses und alle anderen stehengebliebenen Gebäude. Nur die Kirchenruine erinnert die Vorübergehenden noch daran, daß hier mal ein Dorf gestanden hat. Statt des Ortseingangsschildes steht nun ein Sperrschild mit der Aufschrift:

"Zutritt verboten außer Mitarbeiter von MUS" - dem Bergbauunternehmen hinter dieser Tragödie.

Petition an das Parlament der Tschechischen Republik

"Die Unterzeichner, alle ehemaligen Einwohner der nordböhmischen Gemeinde Libkovice (Kreis Most) bitten die zuständige Behörde der Tschechischen Republik: Im Hinblick darauf, dass unsere Menschenrechte verletzt sind und unser Dorf unnötig zerstört wurde, fordern wir die Möglichkeit, unser ehemaliges Land für den ursprünglichen Verkaufspreis zurückkaufen zu können."

Unterzeichnet durch Stanislav Brichacek und Pavel Koukal vom Verein zur Wiederbelebung von Libkovice.

Brief zur Unterstützung der Petition der ehemaligen Einwohner von Libkovice (Bezirk Most) zur Wiedererlangung ihres infolge der Zerstörung der Stadt verlorenen Besitzes

Sehr geehrtes Parlament der Tschechischen Republik, sehr geehrte Minister.
Hiermit möchten wir unsere Unterstützung für die ehemaligen Einwohner des Dorfes Libkovice aussprechen. Durch die Petition soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ihr Land in dem Dorf wiederzubekommen, nachdem nun klar ist, daß der Kohleabbau unter Libkovice nicht stattfinden wird.

Sollte die Dorfgemeinschaft nicht in die Lage versetzt werden, ihr ehemaliges Eigentum wiederzuerlangen, nachdem nun klar wurde, daß man die Gemeinde unnötig zerstört hat, würde das flagrant gegen die Universale Deklaration der Menschenrechte und die Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen. Deshalb fordern wir Sie auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit die ehemaligen Einwohner der betroffenen Gemeinde ihr früheres Land zum damaligen Preis zurückkaufen können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre....

[Name der Organisation, die diesen Brief unterstützt]

Bitte - unterzeichnen sie den Brief mit dem Namen Ihrer Organisation sowie Name und Titel von Kontaktpersonen und senden sie ihn so schnell wie möglich per e-mail an:

mirove.centrum@ecn.cz

Grüße

Jan Haverkamp

3. Interview zu Libkovice

Oliver Pfannstiel von der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA in Berlin führte zu diesem Geschehen ein Interview mit Jan Haverkamp aus Holland, der zur Zeit im Friedenszentrum der CSR arbeitet.

Ich habe bewußt am Originaltext nichts geändert, um die Authentizität nicht zu zerstören

Gibt es Zusammenhänge zwischen deutschen Unternehmen, deutschen Geldern, etc. und den tschechischen Verantwortlichen?

Im moment noch nicht. Die tschechischen alt-staat-monopolen sind ziemlich in tschechischen (alt-kommunistischen) hände verblieben. MUS - das grosse bergbauunternehmen das verantwortlich ist fuer die ganze sache - wird allerdings im moment privatisiert. Interessenten sind aber meistens bergbauunternehmen die ein bisschen weiter weg sind als Deutschland.

> Ist Libkovice ein Einzelfall in Tschechien?

Jein. Libkovice ist einzelartig, weil dessen verschwindung gerade vor der wende entschieden wurde, und dann nach der wende durchgedrueckt. In den sinne ist es ein einzelfall.

In der sinne von machenschaften mit einbezug von alt-direktoren und manager von staatsbetrieben, alt-kommunisten und regierungsmitglieder haben wir leider eine schlechte tradition ueber die letzte jahren. Der begriff "tunneln" darf dich wahrscheinlich bekannt in den ohren klingen. Es bedeutet, dass ehemaliges staatseigentum so verscheuert wird, dass es geldmässig einige alte oder neue funktionäre und kapitalbesitzer sehr stark verreichert, aber dass das unternehmen heruntergewirtschaftet wird. Libkovice steht leider in dieser tradition.

Es gibt im moment weiterhin zwei andere dörfer, dessen destruktion fuer bergbau (auch durch MUS) schon einige jahre im gespräch ist: Horni Jeretin und Cernice. MUS und der jetzigen Industrieminister Gregr gehen hier vor wie damals bei Libkovice. MUS hat erst mal angefangen einige leute sehr viel geld fuer ihren häuser zu bieten und hat damit schon effektiv zwiespalt in die dörfer gebracht. (Der staat, partei und bergbau machten das auch in 1988 in Libkovice). Der interimregierung von letztes jahr hatte

kovice). Der interimregierung von letztes jahr hatte allerdings eine ökologische grenze an der bergbau gestellt, inklusive einen stop auf zerstörung von weitere dörfer. Dieser grenze ist durch der jetztige regierung nach langen diskussion uebernommen (unter anderen als bedingung fuer das fertiggbauen des KKW Temelins), aber in der offiziellen energiepolitik des industrieministers Gregr heisst es, dass diese grenzen zwar respektiert werden sollen, dass allerdings ueber einzelheiten diskutiert werden darf.... Alle die etwas mit nord-böhmen zu tun haben wissen dann schon dass das heisst dass er versucht die beide dörfer auch weg zu kriegen.

> Gibt es konkretere Hinweise auf den Filz in der Regierung bezüglich Libkovice?

Wie gesagt, der sozialdemokratischen Industrieminister Gregr spielt eine fiese rolle. Er kommt aus den grossindustriellen management struktur (war vor der wende (oder revolution, wie das hier heisst) direktor eines grossen chemiebetriebes in Decin) und versucht seine freunde (und sichselbst?) reif zu machen fuer das einkassieren von eine menge EU geld in den kommenden jahren.... dass ist allerdings *unsere* jetztigen analyse von der starken druck fuer Kernenergie und das spielen mit arbeitsplatzdiskussionen in Nord Böhmen..

Im moment spielt das industrieministerium bezüglich Libkovice allerdings eine rolle auf dem hintergrund. Es geht jetzt mehr um die persönliche möglichkeiten des staatsbetriebes Doly Hlubina. Die ehemalige bewohner von Libkovice - und vor allem Herr Brichacek - sind eigentlich nur interessant fuer der bergbau und politik soweit die wieder deren schlechten ruf öffentlich bestätigt bekommen. Deshalb die schikanen usw.

> Wie wurde darüber in den Medien berichtet? Ist das heute noch Thema?

Bis vor einem jahr sehr rege. Im moment ist es fast kein thema mehr. Nur dass das letzte haus abgerissen wurde hat noch einiges an publizität erregt. Auch der petition wird einiges bringen - aber nicht mehr die grosse aufregung die es in 1992 / 1993 gab.

> Wie verhält sich die tschechische Umweltbewegung dazu?

Sie steht noch hinter die bewohner - aber es fehlt am menschkraft um etwas grosses daraus zu machen - mit ausnahme dann von die nebenbeistunden die wir mit einige leute des Tschechischen Friedenszentrum hereinstecken können...

Internationalen druck ist im moment wichtiger, weil der einfluss davon auf die hauptspieler viel grösser

sein kann. Wir haben - auf antrag von Brichacek - deshalb darauf die priorität gelegt im moment.

> Gibt es noch weiterhin Proteste; auch von "außerhalb"?

Einiges aber nicht viel. Vergess nicht dass der petition letzter Monat abgeschickt wurde - und die parlamentariern haben dann 60 tage (jetzt noch 30) um zu antworten...

> Was kann die Umweltbewegung hierzulande für Libkovice tun (außer Protestbriefe abzuschicken)?

Nachfragen was los ist mit der verkauf von land in Libkovice bei der Tschechischen Botschaft in Deutschland... ich habe im moment nicht viel zeit und bitte dich deshalb selber die adresse davon aufzutreiben. Wenn dass nicht geht, sag es mir dann - dann suche ich morgen noch.

> Wie sehen die derzeitigen Wirtschaftsbeziehungen BRD-Tschechien aus?

Intensivierend. Ich habe der eindruck dass der BRD im moment der grösste ausländischer investor ist hier. Könntest du auch beim botschaft nachfragen....

> Bekommt Tschechien EU-Gelder für Umweltmaßnahmen? etc.

Ja - und fuer regionalentwicklung - vor allem fuer Nord Böhmen... und ich denke dass der ganzen kohlepolitik hier auch darum dreht...

Ich schicke dich noch ein paar bilder dabei die letzten jahr september in Libkovice genommen sind... damals war herr Brichacek der einzigste bewohner noch vom dorf - gerade bevor er auch gezwungen wurde zu resignieren.

Jetzt steht beim ortseingang kein nahmensschild mehr, aber nur ein "verboten fuer alle verkehr" schild mit darunter: "Zugang nur gestattet fuer MUS"....

Der petition von ehemalige Libkovicer ist uebrigens durch 45 leute unterzeichnet, die 35 familien vertreten. Das ist 10% von den ehemaligen familien!

Der internationalen unterstuetzungsbrief wurde zZt unterzeichnet durch 57 organisationen aus der ganzen welt.

Jan Haverkamp
(mitglied der GL Brandenburg ;-)

4. Wanderung im Wildenfeser Zwischengebirge

Aus dem Amtsblatt des Landkreises Zwickauer Land (Jahrgang: 6, Nr.: 58, 19. Mai 1999) entnahmen wir den folgenden Beitrag, der mir wieder mal Lust an unserer Arbeit gemacht hat: Diese wunderschöne Landschaft kann nun aller Voraussicht nach erhalten bleiben. Haben Sie nicht Lust, auch mal einen Besuch bei der Bürgerinitiative bei Zwickau zu machen?

Landschaftsschutzgebiet "Wildenfeser Zwischengebirge"

Das ca. 640 ha große Landschaftsschutzgebiet "Wildenfeser Zwischengebirge" liegt zwischen den Städten Wildenfes, Hartenstein und der Gemeinde Langenweißbach und erstreckt sich von der ca. 300 m über NN gelegenen Muldenaue und dem 414 m hohen Aschberg bis zur ca. 430 m hohen Augustenhöhe. Es wird im Süden durch das Tal der Zwickauer Mulde vom Erzgebirge und im Norden durch das Erzgebirgische Becken begrenzt und umfasst den größten Teil der selbständigen geologischen Einheit des Wildenfeser Zwischengebirges.

Trotz der räumlich gesehenen geringen Ausdehnung des Wildenfeser Zwischengebirges sind hier auf engstem Raum sehr interessante geologische Verhältnisse anzutreffen. Bei dem Wildenfeser Zwischengebirge handelt es sich um eine Scholle kristalliner Gesteine (Amphibolite, Glimmerschiefer, Gneise), die von einer altpaläozoischen Schichtenfolge überlagert wurde. Seine besondere Bedeutung erhält das Gebiet durch eine etwa 2 km lange und bis zu 20 m mächtige Platte oberdevonischer Knotenkalke und unterkarbonischer Kohlenkalke, die hier zutage treten. Sie sind reich an marinen Fossilien, insbesondere an Stielgliedern von Crinoiden, Korallen, Brachiopoden, aber auch terrestrischen Pflanzen. Dieser Kalkstein wurde seit dem 16. Jahrhundert abgebaut und vielfältig genutzt. Neben der Gewinnung von Bau- und Düngekalk spielte der Abbau von Marmor über Jahrhunderte eine bedeutende Rolle für die Entwicklung der Region. So wurden z. B. im sogenannten "Königlichen Bruch" schwarzer Marmor, ein hochkristalliner Kohlenkalk mit weißer Äderung, und bei Wildenfes auch roter Marmor gewonnen. Insbesondere der schwarze Marmor war Rohstoff für zahlreiche Sakralbauten und öffentliche Gebäude sowie berühmte Kunstwerke, z.B. wurde er in der Eingangshalle der Gemäldegalerie Dresden und im Dom zu Freiberg verarbeitet. Aufgrund der geschilderten geologischen Gegebenheiten und der durch den Kalkabbau geformten Landschaft entstanden Lebensräume für eine Vielzahl von seltenen Tier- und Pflanzenarten. Besonders bemerkenswert ist die kleinflächig noch vorhandene Kalkflora.

Der Landschaftscharakter wird im wesentlichen durch die teils mit Wasser gefüllten, offengelassenen Altbrüche bestimmt, die größtenteils mit heimischen

Laubbäumen und Sträuchern bewachsen sind und die Strukturierungen innerhalb des markanten Höhenzuges bilden.

Die Steinbruch-Biotope liegen inselartig verstreut im Landschaftsschutzgebiet. In nahezu allen Altsteinbrüchen sind Verkarstungserscheinungen zu erkennen, die teils bedeutende Ausmaße erreichen. Die bedeutendste ist die Marmorbruch-Höhle, die mit einer derzeit erkundeten Gesamtlänge von 120 m nach der Drachenhöhle Syrau die zweitgrößte Höhle Sachsens ist. Sie besitzt als Sommer- und Winterquartier für Fledermäuse eine besondere Bedeutung. In den aufgelassenen Brüchen, an den Halden und Trockenhängen haben sich vor allem wärmeliebende Tiere und Pflanzen angesiedelt. So kommen in diesen Bereichen z. B. noch die Skabiosen-Flockenblume, der Glatthafer, der wilde Thymian und das Frühlings-Fingerkraut vor. Faunistisch ist besonders der relativ große Artenreichtum an Insekten bemerkenswert. Es wurden z.B. über 40 Großschmetterlingsarten nachgewiesen. Aber auch Zaun- und Waldeidechse, Blindschleiche, Ringelnatter sowie mehrere Molch- und Krebsarten, so der sehr selten Edelkreb, haben ihre Lebensstätten in den Altbrüchen.

Die mit Weißdorn und Schieen umstandenen Bruchkanten bieten vor allem den auf Hecken angewiesenen Vogelarten ideale Lebensbedingungen, so dass sich auch relativ seltene Arten, wie der Rotrückenvürger oder die Goldammer im Gebiet ansiedelten.

Im östlichen Teil dominiert der geschlossene Waldbestand des Wildenfeser Forstes, der am Südrand in den steilen, sehr reizvollen Prallhang zur Muldenaue überleitet und seinen höchsten Punkt auf der sogenannten Augustenhöhe, einer floristisch bedeutenden, naturnahen Laubwaldzelle, findet.

Aufgrund der besonderen Bedeutung des Wildenfeser Zwischengebirges als Rückzugsgebiet für bestandsgefährdete Tier und Pflanzenarten, der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes und seiner Eignung als Erholungsraum, insbesondere für den städtischen Ballungsraum Zwickau, erfolgte bereits 1990 die einstweilige Sicherstellung des LSG "Wiesenburg- Hartensteiner Muldetal".

In Anbetracht der Bedrohung dieses Gebietes durch ein großflächiges Gesteinsabbauvorhaben wurde die Landkreisverwaltung durch den Kreistag beauftragt, umgehend die Festsetzung dieses Landschaftsschutzgebietes durchzuführen.

Die endgültige Unterschutzstellung erfolgte nach Kreistagsbeschluss vom 24. November 1994.

Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises vom 17. Mai 1995 trat die Schutzgebietsverordnung in Kraft.

Quellen:

Schutzgebietswürdigung (Staatliches Umweltfachamt Plauen)

Thoß, W. (1994) Flora und Vegetation der aufgelassenen Kalksteinbrüche zwischen Grünau und Schönau

5. 40 Jahre Elbsee-Kieswerk – ein Beispiel

Aus: Steinbruch und Sandgrube 9/99, Seite 23 ff.

Nach der Darstellung der Zeitschrift „Steinbruch und Sandgrube“ scheint das Elbe-Kieswerk ein Beispiel für einen gelungenen Kompromiß zwischen Kiesabbau und den Interessen unserer nachfolgenden Generationen zu sein. Vielleicht hat dies seine Ursache auch darin, daß der Unternehmer offenbar ein Gefühl der Verantwortlichkeit für seine Hinterlassenschaften übernommen hat. Zur Nachahmung empfohlen!

Kiesabbau bis weit über die Jahrtausendwende Kiesgruben hatten nie einen guten Ruf: Sie wurden und werden als Wunden in der Landschaft verstanden. Das ist beim Elbsee-Kieswerk Düsseldorf GmbH + Co ganz anders. Eine weitsichtige landschaftsgestalterische Arbeit hat von Anfang an hohe Akzeptanz bei den Bürgern der Region und bei den Verantwortlichen gefunden. Diese Akzeptanz war es auch, die die Ausweitung des ursprünglich recht bescheidenen Hildener Unternehmens ermöglichte. 1959 begann die "Hildener Kies- und Sandbaggerei Frisch & Töpfer". Erst mit der Fertigstellung des Doser Kieswerkes 1960 begann dann die industriell betriebene Produktion von Kies und Sand. Zur Verfügung stand ihr ein 20 Hektar großes Gelände, das sie von der Hildener Kirchengemeinde St. Jacobus gepachtet hatte. Die Fördermenge betrug damals maximal 1500 Tonnen pro Tag. Der Rhein hat es mit dieser Region gutgemeint. Im Laufe der Erdgeschichte - vor allem aber während der letzten Eiszeiten - veränderte er immer wieder seinen Lauf, weitete sein Bett aus. Die Niederbergischen Hügel verhinderten freilich das gänzliche Ausufern in den Bereich der östlichen Mittelterrasse. Sie sorgten vielmehr dafür, daß der Strom immer wieder Geröll und Geschiebe hier ablagerte. Diese Niederterrasse birgt Kies- und Sandablagerungen in einer Mächtigkeit von 20 bis 30 Metern, nur abgedeckt von einigen Metern bindigen lehmigen Sandbodens. Der Abbau erfolgt problemlos, die Qualität sorgt für ständige Nachfrage im Absatzraum Düsseldorf und der Bergischen Großstädte. 1967 wurde die Kapazität der Förderanlagen auf 2500 Tonnen pro Tag erhöht. Städtisches Engagement

Rascher als geplant war deshalb das vorhandene Gelände ausgekieset. 1973 sorgte die Kommunale Neuordnung dafür, daß das Gebiet zum Territorium der Stadt Düsseldorf kam. 1974 kaufte die Stadt Düsseldorf dieses Terrain von der Hildener Kirchengemeinde an.

Und 1975 eröffneten sich neue Möglichkeiten für das Auskiesungsunternehmen: Die Stadt Düsseldorf beteiligte sich über ihre Tochtergesellschaft IDR an dem Unternehmen.

Schon 1963 hatten die Gesellschafter gewechselt. 1969 wurde Bernhard Ostermann, von Anfang an seit 1959 als Techniker im Unternehmen tätig und seit 1965 Prokurist, zunächst Mitgesellschafter und später dann Alleingesellschafter des Unternehmens. 1975 kaufte sich die Industrieterains Düsseldorf Reisholz AG in das Auskiesungsunternehmen ein. Als Mitgift stellte die Stadt Düsseldorf weitere Auskiesungsflächen zur Verfügung. Damit war der Bestand der Kieswerke am Elbsee gesichert. 1978 wurde das neue Werk nördlich der bisherigen Auskiesungsanlagen errichtet. Die Tageskapazität stieg auf 4000 Tonnen.

1983 wurde die Kiesförderung bei Werk I eingestellt, die Technik abgebaut. Und ein Jahr darauf konnte der südliche Teil des Elbsees, 40 Hektar Wasserfläche und 7,5 Hektar rekultivierte und landschaftsangepaßt gestaltete Böschungsbereiche, in die Obhut der Stadt Düsseldorf übergeben werden. Die vorbildliche Gestaltung belobigte die Stadt mit dem Umweltschutzpreis 1984.

Das Werk II mit seinen damals 14 Mitarbeitern, nun die einzige Kiesförderanlage am Elbsee, lief auf vollen Touren.

Rund 70 Hektar Wasserfläche waren bereits neu entstanden, weitere 40 Hektar Gelände standen noch bereit zur Auskiesung. Im 1. Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende, so rechnet Geschäftsführer Bernhard Ostermann, wird das Gelände ausgekieset sein.

Dann steht eine Wasserfläche, größer als der nördlich der Autobahn A 46 gelegene Unterbacher See, zur Verfügung. Die Wassersportler genießen schon seit 1985 den südlichen Bereich des neuen Sees. Eine attraktive Einrichtung der Naherholung für einen Einzugsbereich mit acht Millionen Einwohnern entsteht.

Und die Bauwirtschaft, vornehmlich aus dem Städtedreieck Düsseldorf Wuppertal - Solingen, bezog bereits rund 30 Millionen Tonnen Kies und Sand, der seit nunmehr vier Jahrzehnten mit modernstem Gerät und Maschinen gefördert und so als hochwertiger und normgerechter Betonzuschlag verkauft und den Elbsee täglich größer werden läßt.

Landschaftsgestaltung steht an oberster Stelle Landschaftspflege hat beim Elbsee-Kieswerk Düsseldorf GmbH + Co große Tradition. Von Anfang an - und längst, bevor das Abtragungsgesetz die Rekultivierungen vorschrieb - betrieb das Baggerunternehmen umfassende Landschaftspflege. Wer sich heute am

Elbsee umschaute, kann sich davon überall überzeugen.

Der südliche Teil des Sees, seit 1985 den Erholungssuchenden zugänglich, ist hervorragend eingegrünt. Mehr als 7,5 Hektar Böschungs- und Randbepflanzung wurden hier geschaffen.

Schon 1971 hatte die Obere Naturschutzbehörde dieses Terrain aufgrund der beispielhaften Rekultivierungen unter Landschaftsschutz gestellt. 1984 folgte dann als Anerkennung für "weit über die Auflagen des Abtragungsgesetzes hinausgehende Rekultivierungsarbeiten" der Umweltschutzpreis der Stadt Düsseldorf. Heute sind weite Teile des südlichen Elbsees samt der Eingrünungen unter Naturschutz gestellt.

Die konsequente Landschaftspflege macht sich überall bemerkbar. Landschaftspläne werden erarbeitet, Bepflanzungspläne festgelegt. Mehr als 200 000 Bäume und Sträucher wurden inzwischen an den Uferzonen des herrlichen Grundwassersees gepflanzt.

Das Kieswerk bezog bisher den größten Teil der für die Rekultivierung erforderlichen Pflanzen, Sträucher und Bäume aus dem im Auskiesungsbereich gelegenen, ca. drei Hektar großen Elbsee-Pflanzkamp (Baumschule). Der Vorteil ist groß. Die herangezogenen Bäume und Sträucher sind nicht nur preisgünstiger; da sie auf heimischem Boden herangezogen werden, wachsen sie auch besser an. Die Ausfälle, und damit die Nachpflanzungen, sind entscheidend zurückgegangen. Mehr als fünfzehn Hektar Uferflächen sind seit 1959 eingegrünt worden. Das Elbsee-Kieswerk wandte dafür weit mehr als zwei Millionen Mark auf.

Heimat für viele Tierarten

Vorbei die Zeiten, da Baggergruben scharfe Ränder und steil abfallende Böschungen hatten. Der Elbsee wirkt mit seinen Buchten und sanft geschwungenen Uferbereichen wie ein natürlicher See. Abgeflacht werden die steilen Böschungen nach dem Abbau. So wird es möglich, die Bepflanzungen auch in die Wasserzone selbst zu ziehen. Zahlreiche Tiere, vor allem Wasservögel und Fische, wissen dies zu schätzen. Der Elbsee ist ein Dorado für Tierarten, die sonst im rheinischen Ballungsraum kaum noch Überlebenschancen haben. Für den Fischbesatz - Forellen, Karpfen, Schleien, Aale, Hechte und Zander sind inzwischen im neu entstandenen See heimisch - wendet das Elbsee-Kieswerk ebenfalls erhebliche Summen auf.

Landschaftsgestaltung wird bis in die Randbereiche betrieben. Dazu gehört auch, daß der anfallende Abraum zum Schütten von Lärmschutzwällen längs der A 46 genutzt wird. Das Naherholungsgebiet wird also von Anfang an vor Verkehrslärm geschützt.

Noch ist der Elbsee, jedenfalls im nördlichen Bereich, ein arbeitender Großbetrieb. Diese Elbsee- und Geländeflächen sind deshalb noch nicht für die Nutzung freigegeben. Doch die Tiere schätzen bereits die neu entstandene Landschaft. Um diese Bereiche zu

schützen und die rekultivierten Aufforstungen sicher heranwachsen zu lassen, sind mehr als 8000 Meter Zäune und Einfriedungen geschaffen worden. Kiesabbau wird da fast zur Nebensache. Aber das liegt im Selbstverständnis des Unternehmens, das nach dem Leitspruch arbeitet:

"Unentbehrlich ist die Produktion von Kies und Sand für die Bauindustrie- die durch Rekultivierung entstehenden Wald-See-Landschaften als neue Erholungsgebiete auch!"

6. Fachseminar Rekultivierungs- lösungen beim Tagebau

Dieser Beitrag aus: Steinbruch und Sandgrube 9/99, Seite 23 zeigt, daß es durchaus außer Bürgerinitiativen andere Leute gibt, denen ein verträglicher Abbau am Herzen liegt. Ich denke, mit solchen Planern und Unternehmern kann man durchaus zu für beide Seiten verträglichen Lösungen kommen

Eine zentrale Rolle im Konfliktfeld Rohstoffgewinnung - Naturschutz spielt die gesetzlich vorgeschriebene Rekultivierung der Lagerstätten.

Ein Unternehmer-Seminar - initiiert von der Astho Vermessungs GmbH, Gammelsdorf, und dem Werk Bergbau der Süd-Chemie AG, München - sollte "Rekultivierungslösungen beim Tagebau" aufzeigen. Dazu trafen sich Planer und Unternehmer vom Steinbruch-Betrieb bis hin zum Sand- und Kiesabbau im Juni in Zweikirchen (bei Landshut).

Beide Initiatoren sind mit der Thematik seit Jahren vertraut: Die Süd-Chemie baut im bayerischen Städtedreieck Landshut-Moosburg-Mainburg Bentonit im Tagebau ab und rekultiviert durchschnittlich 28 Hektar Fläche pro Jahr.

Die Astho Vermessungs GmbH betreut Abbaunehmen technisch, planerisch und beratend von der Exploration bis hin zur Rekultivierung. Planung senkt Kosten. Für eine jährliche Fördermenge von etwa 350 000 Tonnen Rohbentonit betreibt Süd-Chemie ständig sieben Produktionstagebaue, wobei parallel dazu jährlich zwei Tagebaue neu zur Produktion vorbereitet und zwei Gruben wieder mit Abraum verfällt und rekultiviert werden.

"Die Kosten für die Erfüllung der Umweltauflagen, insbesondere für Rekultivierung, betragen bei der Süd-Chemie inzwischen rund 15 Prozent der gesamten Produktionskosten", erläutert Josef Rottensteiner, Geschäftsführer der Süd-Chemie Mining GmbH. Das sei der zweitgrößte Kostenfaktor nach der Abraumbewegung und noch vor der eigentlichen Rohstoffgewinnung.

Vor einem planlosen Vorgehen zur Kosteneinsparung warnte Alfons Asenkerschbaumer, Geschäftsführer bei Astho: "Generelles Ziel muß sein, Massenbewegungen und Maschineneinsatz so zu steuern, daß ein Optimum zwischen Einsatz und Erfolg erreicht wird." Um dies zu erreichen, müsse der Unternehmer seine Basisdaten, wie beispielsweise die Größe des

Massendefizits, kennen. Nur so lasse sich auch das optimale Geländemodell verwirklichen, das allen privatrechtlichen und behördlichen Vorgaben entspreche. Um wirklich Kosten zu sparen, dürfe das zu verfüllende Material möglichst nur einmal angefaßt werden, denn "Maschinenstunden sind teuer".

Forderungen der Behörden gestiegen

"Unabhängig vom Genehmigungs-, Bau-, Berg-, Immissionsschutz- oder Wasserrecht, nimmt die Zahl der erforderlichen naturschutzrechtlichen Erlaubnisse zu" berichtete Benedikt Chlosta, Technischer Amtmann beim Bergamt Südbayern, über seine Erfahrung in Genehmigungsverfahren. Das Verfahren zur Einholung des Einvernehmens mit der jeweils zuständigen Naturschutzbehörde ändere sich dadurch jedoch nicht. Durch den Biotopschutz des neuen Bayerischen Naturschutzgesetzes und andere Einschränkungen werde die Landkarte für Abbauvorhaben auf den ersten Blick zwar immer enger, doch "weder das neue Bundesnaturschutzgesetz noch das Bayerische Naturschutzgesetz haben das Ziel, die Gewinnung von Bodenschätzen zu verhindern." Die Anforderungen an Planung und Ausführung von Tagebaubetrieben seien jedoch gestiegen.

Einige Seminarteilnehmer beklagten die zunehmend verschärften Forderungen von Behörden und Grundstückseignern. Hier schränkte Chlosta ein:

"Nur wenn die Rekultivierungsplanung nicht den Ausgleich eines bergbaulichen Eingriffs nachweisen kann, können Ersatzmaßnahmen gefordert werden." Dabei sei es die Aufgabe der Antragsteller, in ihren Planunterlagen die Übereinstimmung eines Vorhabens mit den Naturschutzgesetzen nachzuweisen. Dazu reiche allerdings die Landschaftsbetrachtung und die Anwendung von DIN-Normen aus dem Erdbaubereich nicht aus; auch die Wissenschaft müsse hier und da bemüht werden. Chlostas Vorschlag: "Da man jedoch im Rahmen einer Tagebauplanung kaum Grundlagenforschung betreiben kann, müssen für Klein- und Mittelbetriebe in vergleichbaren Regionen gemeinsam praktikable Standards entwickelt werden."

Wiederherstellung von Wald...

Einige Tips aus forstwirtschaftlicher Sicht gab Professor Anton Moser von der Fachhochschule Weihenstephan: Schon bei der Suche nach geeigneten Flächen sollten Abbau-Unternehmer sensible Bereiche mit Schutzgebieten oder ausgewiesene funktionelle Spezialwälder wie Schutz-, Erholungs- oder Bannwald meiden. Grundsätzlich sei es bei der Planung von Abbauvorhaben unter Wald von Vorteil, "wenn bereits bei der Antragstellung die Wiederbewaldung vorausgesetzt und die nur befristete Rodung vorgesehen wird".

Denn das Bayerische Waldgesetz lasse eine befristete Rodung zu. Wenn das Grundeigentum darüber hinaus beim ursprünglichen Waldbesitzer verbleibe - und damit das Recht, bei der Rekultivierung die künf-

tige Bestockung zu bestimmen - gebe es für weitergehende behördliche Auflagen wenig Raum. Die forstliche Rekultivierung selbst, beruhigte Moser seine Zuhörer, sei kein Problem. Voraussetzung sei "ein fachkundiger, ausreichend mächtiger Bodenaufbau ohne Verdichtungen und unter Einhaltung bewirtschaftbarer oder sicherer Böschungswinkel". Zur Bodenfestigung, Wiederbelebung, Durchwurzelung und Nährstoffanreicherung empfahl er eine mehrjährige Zwischennutzung mit geeigneten landwirtschaftlichen Pflanzengemengen, auf die eine einfach aufgebaute erste Waldgeneration als Vorwald folgen könne. Unter deren Schutz könnten später anspruchsvollere Bestockungsziele verwirklicht werden.

...Boden...

Gerade jedoch die Wiederbegrünung von Flächen mache vielen Abbaubetrieben in der Praxis Probleme, wie aus dem Teilnehmerkreis lebhaft geäußert wurde. Trotz Beachtung umfangreicher Vorgaben bleibe vielfach das Ergebnis hinter den Erwartungen zurück. In diesem Zusammenhang sei der Zustand des Bodens von entscheidender Bedeutung, wie Dr. Dietmar Matthies vom Lehrstuhl für Forstliche Arbeitswissenschaft und Angewandte Informatik der Universität München ausführte.

Dieser setze die genaue Kenntnis der Standortverhältnisse in Form einer Bodenbewertung voraus. "Der Erhalt des Gefüges", so Matthies, "ist entscheidend für die Funktion des Bodens als Pflanzenstandort und Filter bzw. Puffer für Umwelteinwirkungen." Zusätzlich zu den gängigen Schutzmaßnahmen sei deshalb besonders darauf zu achten, daß keine Vermischung mit anstehendem Gestein, keine Änderung der vorgefundenen Korngrößenverteilung stattfinde, und daß der Abtrag vor anschließender Zwischenlagerung einen relativ geringen Wassergehalt aufweise. Auch sollte auf eine maximale Ausnutzung der für die Lagerung zur Verfügung stehenden Fläche geachtet werden. Bodenmieten von großer Höhe und eine lange Lagerzeit wirkten sich negativ auf das Bodengefüge aus. Die Zwischenbegrünung der Mieten sollte sofort erfolgen, und die Wiederverfüllung und Rekultivierung möglichst rasch und sukzessive in Angriff genommen werden.

...und Böschung

Ähnliche Sorgfalt verlangen die tieferliegenden Bodenschichten bei der Wiederverfüllung. Dies führte Professor Frank Otto von der Technischen Fachhochschule für Rohstoff, Energie und Umwelt zu Bochum näher aus. "Den Luxus, den sich die Natur erlaubt, daß sich in geologischen Zeiträumen relativ standsichere Böschungen einstellen sowie ein natürlicher Wasserhaushalt, kann sich der Rohstoffgewinnungsbetrieb nicht erlauben." Von den Unternehmen würden schnelle Resultate erwartet: "Ehemals nicht standsichere, natürliche Hänge mit langsamen Kriechbewegungen und Vernässungszonen sind vom Rekultivierer standsicher und mit optimalen hydraulischen

Gegebenheiten herzustellen." Dies setze eine frühzeitige geotechnische Untersuchung der abzutragenden Böden und eine möglichst separate Entnahme getrennt nach bodenmechanischen Parametern voraus. Durch einen gezielten Wiedereinbau ließen sich die genannten Anforderungen dann relativ leicht erfüllen.

7. Abbaugenehmigungen - eine unendliche Geschichte

Es ist mal ganz interessant, die Versagung einer Abbaugenehmigung aus Sicht eines Unternehmens zu lesen. Ich denke, wir können daraus lernen. Und damit die Redaktion von Steinbruch und Sandgrube vielleicht auch mal eine Darstellung aus unserer Sicht erhält, bitte ich Sie, möglichst zahlreich auf den am Schluß stehenden Aufruf zu reagieren. (Bitte eine Kopie an mich – danke. Die Redaktion).

Es gab schon zahllose Sitzungen, Fachtagungen und Gesprächsrunden zum Thema. Doch der Interessenkonflikt Rohstoffabbau - Naturschutz wird noch immer in vielen Fällen emotional und wenig sachlich ausgetragen.

Ein weiteres Beispiel, das die Gemüter heftig erregte, trug sich jüngst im Schaumburger Land zu.

Die Firma Möller GmbH plante die Abbauerweiterung in ihrem Steinbruch Bernsen (Landkreis Schaumburg). Knackpunkt: Die geplante Erweiterungsfläche liegt im Landschaftsschutzgebiet (LSG) Wesergebirge. Das brachte Umweltschützer und Politiker auf den Plan, eine Bürgerinitiative (BI) wurde gegründet, sammelte 3000 Unterschriften gegen den Antrag. Steinbruchbefürworter hielten dagegen: Sie sammelten ebenfalls Unterschriften (ebenfalls über 3000), schalteten Anzeigen in den Lokalzeitungen, sendeten ihren Aufruf übers Radio. Die meisten Argumente sind altbekannt: Eingriff in den Naturhaushalt, Lärmbelästigung, Beeinträchtigung des Tourismus gegenüber Arbeitsplätzen, Nachfrage- und Bedarfssituation.

Die Steinbruchbetreiber veranstalteten im Juni eine Podiumsdiskussion im Steinbruch, um interessierten Bürgern die Möglichkeit zu bieten, sich ein eigenes Bild zu machen. Vor etwa 100 Zuhörern standen Fachleute und Politiker den Bürgern Rede und Antwort. Darunter nur ein Vertreter der Abbaugegner, ein Grünenpolitiker des Gemeinderats.

Kein Mitglied der Bürgerinitiative war gekommen, und auch Kommunalpolitiker waren nur spärlich vertreten. Im Laufe der Diskussion konnten einige Kritikpunkte an der Erweiterung entkräftet werden. Die mögliche Beschädigung von Häusern durch Sprengarbeiten im Steinbruch wies ein Sachverständiger der IHK zurück. Auch die Schließung des Bernsener Trinkwasserbrunnens habe nichts mit dem Steinbruchbetrieb zu tun, der Brunnen läge nicht einmal in dessen Einflußbereich.

Dem Argument, die Erweiterung schade dem Fremdenverkehr in der Region, hielt ein Vertreter des Niedersächsischen Forstamtes entgegen, daß der Tourismus für den Wald auch nicht immer gut sei. Zudem könne man beim Fremdenverkehr durchaus mit Steinbrüchen zusammenarbeiten, wie das Expo-Projekt in Steinbergen zeige. Und da der Weserbergkamm unangetastet bliebe, stimme auch das Forstamt der Abbauerweiterung zu, "weil es Sinn macht, vorhandene Eingriffe zu erweitern, statt neue Löcher in die Landschaft zu bohren".

Besonders schwer wiegen die zwölf Arbeitsplätze im Steinbruch. In der Zeit des erweiterten Abbaus (etwa acht Jahre) könnten Sozialpläne und Umstrukturierungen vorbereitet werden, um die Arbeitnehmer anderweitig unterzubringen. Dennoch befürchten die Abbaugegner, daß im Falle einer Genehmigung in einigen Jahren erneut ein Erweiterungsantrag gestellt werde - die von der BI prophezeite "Salami-Taktik". Im Laufe der Veranstaltung kamen die Parteien zwar zu keinem Konsens, trotzdem gab es am Ende Beifall für die sachliche Argumentation und Diskussion. Die negativen Auswirkungen einer Abbauerweiterung bleiben jedoch unbestreitbar: Eingriff in ein bestehendes Ökosystem, Ausweitung des einseharen Steinbruchbereichs, Beseitigung bestehender Waldbestände. Die Lage des Erweiterungsbereiches in einem LSG ist Fakt. Und da bereits mehrere Abbaue in der Region beste-

"Nach Auffassung des Fachressorts ist die geplante Erweiterung . . . sehr zu begrüßen, da nach wie vor eine kritische Bedarfs- und Versorgungssituation besteht, Neuaufrösse . . . kaum realisierbar erscheinen, und in Parallelfällen Steinbruchserweiterungen . . . genehmigt worden sind . . . Gleichwohl ist es aber eine ausschließliche Angelegenheit des Landkreises Schaumburg, die für die Genehmigung . . . , notwendige Teillöschung des Landschaftsschutzgebietes . . . auszusprechen. "

Stellungnahme der Niedersächsischen Staatskanzlei zu einem Brief von Uwe Wöbke an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski (Auszug).

Liebe Steinbruch und Sandgrube-(SUSA)-Leser, Ihre Meinung ist gefragt!

- **Haben Sie ähnliche Erfahrungen mit Genehmigungsverfahren gemacht?**
- **Oder vielleicht ganz gegenteilige?**
- **Was kann Ihrer Meinung nach getan werden, um die ewige Kontroverse von Abbaubefürwortern und -gegnern zu versachlichen?**
- **Was können Unternehmen bereits im Vorfeld eines Verfahrens tun?**
- **Welche Erfahrungen haben Sie mit den Behörden gemacht?**

Schreiben Sie uns, wir wollen darüber berichten:

Redaktion

"Steinbruch und Sandgrube"

Stichwort: "Genehmigungsverfahren"

Postfach 91 07 08

30427 Hannover

hen - in einem Bruch kam es bereits zu Bewegungen im Berg -, reagiert die Öffentlichkeit inzwischen sehr sensibel auf das Thema.

So wurde im Vorfeld der politischen Entscheidung von beiden Seiten heftig agiert und agitiert. Vor der Sitzung des Kreisumweltausschusses demonstrierten Steinbruch-Anhänger und -Gegner mit Spruchbändern, die Anhänger gar mit einem Lkw-Korso.

Dann begann das Ganze zu eskalieren. Nach der Ablehnung des Antrags traten die Steinbruch-Mitarbeiter in Streik und verteilten Flugblätter. Es folgten empörte Anrufe - teils anonym, teils von Lkw-Fahrern - bei der Kreisverwaltung bis hin zu Drohanrufen an die Vorsitzenden von Umweltausschuß und BI.

Nach dieser Vorgeschichte stand der Kreistag am 22. Juli vor keiner leichten Entscheidung. Erneut demonstrierten Steinbruchbefürworter vor dem Kreishaus. Der Erfolg blieb ihnen jedoch verwehrt: In geheimer Abstimmung fiel die Entscheidung mit 31 zu 22 Stimmen gegen die Erweiterung.

Interview mit Uwe Wöbke, Geschäftsführer des Bernsener Steinbruches

"Keine ausreichende Unterstützung von den Verbänden"

SUSA: Wie beurteilen Sie die Kreistagsentscheidung? Waren die Argumente gegen die Erweiterung einsichtig? Wöbke Die Argumente sind überhaupt nicht einsichtig. Wir haben unseren Antrag dahingehend überarbeitet, daß beispielsweise das Landschaftsbild durch Bermen verbessert wird. Wir wollten auf den Abbau durch Sprengen gänzlich verzichten. Und neben der Bereitstellung von Ausgleichsflächen wollten wir dem Landkreis noch 250 000 Mark für die Durchführung anderer Umweltaufgaben zur Verfügung stellen.

Dies alles wurde nicht gewürdigt. Und das in einer von Krisen geschüttelten Region (zwei größere Betriebe haben jüngst Massenentlassungen angekündigt; Anm. d. Red.). Wir sind mit fünf Stimmen gescheitert - das ist ein fatales Ergebnis.

SUSA Die Behörde weist daraufhin, daß im Bodenabbau-Leitplan, der ja schließlich zusammen mit den Wirtschaftsverbänden erarbeitet wurde, gerade der geplante Erweiterungsbereich nicht enthalten ist . . . Wöbke: Der Bereich war früher im Plan enthalten. Irgendwann ist er daraus verschwunden, worauf die IHK nicht hingewiesen hat. Das heißt, wir hatten auch keine Möglichkeit, darauf zu reagieren.

Außerdem hat man uns nicht gleichbehandelt. Der Nachbar (Schaumburger Steinbrüche; Anm. d. Red.) hat in einem vergleichbaren Fall neun Hektar bekommen. Deren Antragsfläche lag auch im LSG.

SUSA: Hätte man vor der Antragstellung etwas anders machen können? Wäre beispielsweise ein besserer Austausch mit der Bürgerinitiative möglich gewesen?

Wöbke Das habe ich ja versucht. Doch Frau Reining hat abgelehnt, allein mit mir zu sprechen. Und

trotz Einladung war sie nicht zur Podiumsdiskussion gekommen - mit dem Argument, sie müsse wählen gehen. Ebenso wie Herr Röhrkasten (Vorsitzender des Umweltausschusses und erklärter Gegner der Erweiterung; Anm. d. Red.). Diese Leute scheuen die Öffentlichkeit, weil sie keine Argumente haben.

Im Vorfeld haben wir Gutachten zu allen möglichen Themen erstellen lassen - zum Landschaftsbild, zur Forstwirtschaft, zur Standsicherheit. Was hätten wir denn noch tun können?!

In diesem Zusammenhang muß ich auch einen ganz klaren Appell an die Verbände richten - den Wirtschaftsverband und den Bundesverband Naturstein-Industrie -, daß die Arbeit beider Verbände nicht ausreicht. Im Konfliktfall müßten sie eine bessere aktive Hilfe bieten.

SUSA: Wie geht es jetzt weiter?

Wöbke: Ich weiß es ehrlich gesagt nicht. Nach dieser hektischen Zeit müssen wir erstmal wieder zur Ruhe kommen. Der Verfahrensträger, das Gewerbeaufsichtsamt in Hildesheim, wird uns über die Entscheidung entsprechend informieren. Das heißt, wir warten zunächst dessen Begründung ab - dann sehen wir weiter.

8. Streit um Heuersdorf wird nun auch vor Gericht ausgetragen

Der folgende Artikel aus dem Informationsblatt des "Für Heuersdorf e V." zum Erhalt der Gemeinde Heuersdorf, (Extraausgabe vom 8. SEPTEMBER 1999, V.i.S.d.P.: Dirk Reinhardt, c/o Gemeindeverwaltung Heuersdorf, Dorfstraße 25, 04574 Heuersdorf) beleuchtet die Folgen der geplanten "Entsorgung" des Dorfes Heuersdorf durch die Mibrag mit Unterstützung der sächsischen Landesregierung, gegen das sich die Gemeinschaft der Dorfbewohner seit Jahren zur Wehr setzt.

Mit der Auseinandersetzung um die von der Sächsischen Staatsregierung und der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft (Mibrag) geplante Vernichtung Heuersdorfs müssen sich nun auch Sachsens Verfassungsrichter beschäftigen.

Seit nunmehr über einem Jahr liegt dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof in Leipzig eine Normenkontrollklage der Gemeinde Heuersdorf gegen das "Heuersdorf-Gesetz" vor.

Die Klage wurde im Juli vergangenen Jahres eingereicht.

Zur Erinnerung: Das im März vergangenen Jahres vom Landtag in Dresden verabschiedete "Heuersdorf-Gesetz" legt die Eingemeindung Heuersdorfs in die Stadt Regis-Breitungen fest. Die Stoßrichtung dieses von der Staatsregierung in den Landtag eingebrachten Gesetzes war von Anfang an klar: Durch die Eingemeindung verliert Heuersdorf seinen Status als eigenständige Gemeinde und somit auch seine Handlungsfähigkeit. Die Staatsregierung wollte mit diesem Gesetz also die Möglichkeiten der Gemeinde und ih-

rer Organe beschneiden, sich gegen die Devastierung zur Wehr zu setzen.

In ihrer Klage bemängelt die Gemeinde Heuersdorf zum einen formale Fehler im Gesetzgebungsverfahren - so wurden die Heuersdorfer beispielsweise nicht dazu befragt, ob sie - wie im Gesetz vorgesehen - nach Regis eingemeindet und später dorthin umgesiedelt werden wollen -, zum anderen macht sie geltend, daß der Nachweis der energiepolitischen Notwendigkeit der Devastierung Heuersdorfs nach wie vor nicht erbracht worden ist.

Gegen die Verfassung des Freistaates Sachsen verstößt das Gesetz nach Ansicht der Gemeinde und ihrer juristischen Vertreter auch deshalb, weil es beispielsweise die verfassungsmäßig geschützte Selbstverwaltung der Gemeinde mißachtet. So wurde der Gemeinderat für die Dauer einer ganzen Legislaturperiode gewählt. Ein demokratisch gewähltes Gremium kann daher nicht mitten in einer Legislaturperiode per Gesetz zum Ortschaftsrat mit eingeschränkten Befugnissen degradiert werden.

Erster Teilerfolg vor Gericht

Zeitgleich mit der Normenkontrollklage hat die Gemeinde beim Verfassungsgericht einen Antrag auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung gestellt, in der das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 1999 solange aufgeschoben werden sollte, bis eine Entscheidung in der Hauptsache erfolgt sei. Der Antrag wurde mit der Befürchtung begründet, daß der nunmehr für den "Ortsteil" Heuersdorf zuständige Stadtrat von Regis-Breitungen Entscheidungen bezüglich der Entwicklung der Gemeinde treffen könnte, die im Falle eines Sieges Heuersdorfs vor Gericht nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten.

Das Verfassungsgericht hat den Antrag auf Einstweilige Verfügung im Dezember 1998 jedoch abgelehnt, somit ist Heuersdorf seit 1. Januar dieses Jahres Ortsteil der Stadt Regis-Breitungen. Immerhin haben die Verfassungsrichter sowohl dem Freistaat Sachsen als auch der Stadt Regis-Breitungen einige Auflagen erteilt. So dürfen diese bis zur Entscheidung über die Normenkontrollklage keine Entscheidungen treffen oder Maßnahmen einleiten, die der Gemeinde Heuersdorf im Falle ihres Sieges vor Gericht die Wiederherstellung ihrer Selbständigkeit "unzumutbar erschweren". Außerdem gilt die Gemeinde bei Entscheidungen, die im Zusammenhang mit der bergbaulichen Inanspruchnahme des Gemeindegebietes von Heuersdorf stehen, weiterhin als eigenständig und damit als allein entscheidungsbefugt.

Arbeit wird erschwert

Trotz dieses Teilerfolgs hat sich inzwischen gezeigt, daß sich die Eingemeindung nach Regis-Breitungen nachteilig auf die Gemeindefarbeit in Heuersdorf auswirkt. Bei Inkrafttreten der Eingemeindung war seitens der Stadt Regis-Breitungen keinerlei Regelung und Absprache mit Heuersdorf über die künftige Zusammenarbeit erfolgt. Entsprechend schwierig ges-

taltete sich diese in den vergangenen Wochen. Eine von der Gemeinde Heuersdorf vorgelegte Vereinbarung über die Rechtsfolgen der Eingemeindung, in welcher das Verhältnis zwischen Stadt und "Ortsteil" klar definiert und die Zusammenarbeit geregelt ist, wurde bis heute nicht von der Stadt Regis-Breitungen unterzeichnet.

"Beratungsbüro soll Gegner der Umsiedlung entzweien

Große Empörung hat in Heuersdorf die Einrichtung eines sogenannten Beratungsbüros für umsiedlungswillige Einwohner durch die Staatsregierung im Juli dieses Jahres ausgelöst.

In einem bereits von der Mibrag erworbenen Haus sollen Mitarbeiter der Kommunalentwicklung Baden-Württemberg GmbH "vor Ort die Bürger beraten und unterstützen". Das jedenfalls behauptete Sachsens Wirtschaftsminister Schommer in einer am 9. Juli veröffentlichten Pressemitteilung. Und begründete diese Behauptung mit einer faustdicken Lüge: Angeblich sei der Ortschaftsrat nicht bereit, Ansprechpartner für die im Zusammenhang mit der Umsiedlung auftretenden Fragen zu sein.

Ortschaftsrat und Bürgermeister von Heuersdorf haben diese Behauptung energisch zurückgewiesen und darauf aufmerksam gemacht, dass sie zu keiner Zeit von der Staatsregierung gebeten worden sind, derartige Beratungsangebote zu machen.

Reichlich heuchlerisch ist zudem die Erklärung des Wirtschaftsministers, Hintergrund der Einrichtung des Büros sei die "Sorge, daß sich immer mehr Bürger aus der Gemeinschaft lösen und ihren Umzug allein vorantreiben". Das Beratungsangebot sei daher die letzte Chance, eine gemeinsame Umsiedlung zu bewerkstelligen.

Die Art und Weise, in der die Mitarbeiter des Beratungsbüros in Heuersdorf vorgehen, straft diese Behauptung Lügen. In Briefen und Telefonanrufen in allen Haushalten versuchen sie, die Bürger zu Einzelgesprächen über die Umsiedlung zu bewegen. Offensichtlich geht es darum, die Gemeinschaft der Umsiedlungsgegner zu entzweien und jeden einzelnen Haushalt "herauszukaufen". Diese Vorgehensweise ist auch deshalb empörend, weil über die Frage, ob das Dorf umgesiedelt wird oder nicht, bekanntlich noch nicht endgültig entschieden worden ist.

Die Einwohner und der "Für Heuersdorf e.V." haben sehr schnell auf die Eröffnung des "Beratungsbüros" - dieses wird übrigens von der Mibrag finanziert - reagiert. Im ganzen Dorf hängen seit einigen Wochen Transparente und Plakate, die den Willen der Mehrheit der Heuersdorfer zum Bleiben in ihrer Gemeinde bekunden. Außerdem werden die "Berater" aufgefordert, ihre Tätigkeit in Heuersdorf einzustellen. In einer Einwohnerversammlung wurden den anwesenden Mitarbeitern des Büros zudem deutlich erklärt, daß sie in Heuersdorf unerwünscht sind.

9. Mutmaßliche Befangenheit im sächs. Wirtschaftsministerium

Lohmener Bürgerinitiative vermisst Sanktionen gegen Betreiber des Sandsteinbruchs Alte Poste in der Sächsischen Schweiz

Von Bernd Lichtenberger, Dresdner Neueste Nachrichten vom 22.9.99, S. 21

In Bayern sagt man: D i e Maß ist voll. Die Bürgerinitiative gegen den Steinbruch Alte Poste in Lohmen meint jedoch, nun sei d a s Maß voll und es an der Zeit sei, ganz offiziell das neugewählte sächsische Parlament einzuschalten. Immerhin wirft die Bürgerinitiative dem Wirtschaftsminister Kajo Schommer (CDU) vor, in seiner Behörde würden im Interesse eines bayrischen Unternehmens bei Verstößen gegen sächsische Bestimmungen beide Augen zugedrückt. Der Vorwurf richtet sich vor allem gegen Regierungsoberärztin Altmeyer, weil sie von einer Dienstaufsichtsbeschwerde nichts gewusst haben will, obwohl die Beschwerde „gegen Unbekannt“ von der Bürgerinitiative (BI) Ende Juni an das Ministerium gerichtet worden war. Darin kritisiert die BI, die Bamberger Firma Natursteinwerk Hermann Graser, die den Sandsteinbruch Alte Poste in der Sächsischen Schweiz betreibt, habe mehrfach gegen das Bergbau- und Naturschutzrecht verstoßen, ohne dass von der Bergbehörde als Kontrollorgan Sanktionen ausgesprochen wurden. So habe es zwar im Dezember 1998 für die Alte Poste eine Abbauverlängerung, aber keine Sprengerlaubnis gegeben. Gesprengt wurde trotzdem. Anwohner können das bezeugen. Sowohl das Bergamt als auch das Wirtschaftsministerium und die Nationalparkverwaltung wurden umgehend von der BI informiert. Trotzdem behauptet Altmeyer gegenüber der BI, davon sei ihr nichts bekannt. Mehr als suspekt ist der BI auch, dass es die Behörde stillschweigend duldet, wenn das Bergwerksunternehmen für seine Tätigkeit einen dafür nicht genehmigten Anfahrtsweg ausbaut und nutzt, seine Technik auf unbefestigtem Grund aus Fässern betankt und die Reste einer alten Zaunanlage im Steinbruchgeröll verschwinden. Angesichts dieser Ausführung erinnert sich die BI daran, dass die Regierungsoberärztin in „der Genehmigungsbeschaffungsphase bereits zugunsten der Firma Graser aktiv war, als sie mit dem Hinweis, der Postaer Sandstein werde dringend für die Dresdner Frauenkirche benötigt (DNN berichtete), für eine Befreiung der Alten Poste vom Landschaftsschutz-Status plädierte. (Steinbeißer berichtete) Unter diesen Umständen sei es wenig verwunderlich, dass weder Kontrollen des Bergamtes, noch Nachfragen dort zu einem Beschwerdeerfolg führten“, stellt der Sprecher der BI, Karsten Nürnberger, im Schreiben an den Minister fest. Übrigens weiß er dabei den jetzt wiedergewählten CDU-

Landtagsabgeordneten Klaus Leroff auf seiner Seite, denn auch der forderte von Schommer: „Nunmehr sollte sichergestellt werden, dass die von der Bürgerinitiative zweifelsfrei geschilderten illegalen Aktivitäten und Schaffung von Fakten durch die Firma Graser, für die ich keinerlei Verständnis habe, unterbleiben. Ihr Ministerium sollte mit aller Konsequenz dagegen vorgehen...“

10. Biosphärenreservate und Steinbrüche

In der letzten Beratung am 30.4.99 der Arbeitsgemeinschaft Biosphärenreservate (AGBR), einem bundesweiten Zusammenschluß aller derartigen Schutzgebiete, waren die Spitzenverbände der Abbaubetriebe eingeladen. Das Protokoll und die gemeinsame Erklärung lesen Sie auf den folgenden Seiten. Ich habe Herrn Mayerl von der AGBR darum gebeten, uns alle Protokolle zum Thema Gesteinsabbau zukommen zu lassen. Mal sehen, ob es möglich ist, mit dieser Arbeitsgemeinschaft zusammenzuarbeiten – schließlich sind wir ja als Nichtregierungsorganisation (NRO) und Vertreter von Bürgerinitiativen ein natürlicher Verbündeter.

Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Verbänden und Interessenvertretungen

Aus dem Protokoll der Sitzung

„Herr Mayerl (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt) dankt einleitend den Vertretern und Vertreterinnen der Steine und Erden-Industrie und des "Verains zur Förderung nachhaltiger regionaler Wirtschaftsweisen" für ihr Erscheinen.

Aufbauend auf den bisherigen Beratungen in der AGBR sowie der Gespräche mit dem Bundesverband "Steine und Erden" sollen die Kontakte weiterentwickelt werden. Dazu dient auch die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

- Ergebnisse des F+E-Vorhabens "Entscheidungsgrundlagen für die weitere Nutzung in der Gipskarstlandschaft Südharz/Kyffhäuser unter besonderer Berücksichtigung des Bodenschutzes"

BE: Frau Mattern (Berlin, UBA)

Frau Mattern stellt die wesentlichen Inhalte des Gutachtens vor. Neben der konkreten Bearbeitung der Südharz-Problematik wurden auch Hinweise zur Herangehensweise an Probleme des Rohstoffabbaus für andere BR's erarbeitet. Die Studie ist damit auch ein Baustein auf dem Weg zu einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Frau Mattern bedauert, dass seitens der beteiligten Länder Sachsen-Anhalt, Thüringen und Niedersachsen trotz intensiver Bemühungen keine Ländervertreter anwesend sind, um über den Stand der weiteren Abstimmung zur Errichtung eines Biosphärenreservates im Südharz zu berichten.

- Informationsaustausch mit dem Bundesverband Steine & Erden und dem Verein zur Förderung nachhaltiger regionaler Wirtschaftsweisen Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei Modellprojekten

Wesentliche Inhalte der Statements:

- Herr Schareck, Bundesverband Steine & Erden e. V., Frankfurt/Main

Der Bundesverband Steine & Erden vertritt fast alle Branchen in Deutschland, die sich mit der Gewinnung und Herstellung von mineralischen Bauprodukten beschäftigen. Er geht davon aus, daß die Aufsuchung und Gewinnungsmöglichkeit von mineralischen Bodenschätzen als Teil der Rohstoffsicherung auch zukünftig möglich sein muss. Die Substitutionspotentiale sind zumindest derzeit noch stark begrenzt. Dabei ist jede Gewinnung dieser Rohstoffe zwangsläufig mit einem Eingriff in Natur und Landschaft verbunden. Die Besonderheit dieses Industriezweiges ist die Lagerstättegebundenheit, die eine Alternativenprüfung im Rahmen der Abwägung stark erschwert.

In diesem Zusammenhang drängen sich folgende Fragen auf:

- Wie können die unstrittig vorhandenen, gegenseitigen Informationsdefizite abgebaut werden?
- Wie kann der Begriff der "Nachhaltigkeit speziell für den Sektor" Gewinnung mineralischer Rohstoffe präzisiert und operationalisiert werden?
- Unter welchen Bedingungen könnte Rohstoffabbau akzeptierter und gesetzlich abgesicherter Bestandteil eines Biosphärenreservates sein?
- Wie kann der Planungsprozess auf der Ebene der Regionalplanung von Anfang offen und partnerschaftlich strukturiert werden
- Wie kann die Eskalation von Einzelfällen - wie im Südharz geschehen - vorausschauend verhindert werden?
- Wie kann die Baustoffindustrie ihre Möglichkeiten zur Neuschaffung von Lebensräume am erfolgversprechendsten einbringen?

Er räumt in diesem Zusammenhang ein, daß für den von ihm vertretenen Industrieverband, von Einzelfällen abgesehen, die Zusammenarbeit mit dem Naturschutz in jüngerer Zeit akzeptabel gelaufen sei.

- Herr Jürgens, Arbeitsgemeinschaft Harzer Gipsunternehmen/Heidelberger Zement

Herr Jürgens macht als Vertreter der im Südharz betroffenen Unternehmen auf die vorhandenen Konfliktpotentiale aufmerksam und bietet einige Handlungsempfehlungen aus der Sicht der Wirtschaft an.

Er bemängelt vor allem die Informationspolitik und den Verfahrensgang, der seiner Meinung nach die betroffenen Firmen deutlich benachteiligt hat. Er zieht dabei den analytischen Teil der UBA-Studie, insbesondere die Aussagen zum naturschutzfachlichen Wert des untersuchten Raumes, in keiner Weise in Zweifel. Der Ablauf der regionalen Raumordnungsplanung für Nordthüringen hat nach seinem Eindruck bei

den betroffenen Firmen deutlichen Vertrauensverluste hinterlassen.

Er belegt an Beispielen, wie wichtig langfristige Planungssicherheit für die betroffenen Unternehmen ist und bekräftigt die Bereitschaft der Unternehmen zum konstruktiven Dialog.

- Frau Anders, Verein zur Förderung nachhaltiger regionaler Wirtschaftsentwicklung e. V. (FNW), Hannover

Der FNW ist ein Zusammenschluss von mittlerweile 25 großen Verbänden und Wirtschaftstreibenden jeglicher Branche, hauptsächlich im Norden und im mittleren Teil Deutschlands. Frau Anders beleuchtet in Ergänzung der Vorredner aus ihrer Sicht das Problem neuer gesetzlicher Regelungen, die nicht mehr nur von Bund und Ländern kommen, sondern in immer stärkerem Ausmaß auch von der Europäischen Union. Sie betont die große Verunsicherung ihrer Klientel im Hinblick auf die Folgen der Kategorien "Biosphärenreservat" und "FFH-Gebiet" für bestehende Planungsaussagen der Raumplanung und erläutert dies an den regionalen Raumordnungsplänen der drei Länder mit Anteil am Südharz.

Wie ihre Vorredner betont sie daher den dringenden und umfassenden Informationsbedarf bei der betroffenen Wirtschaft. Sie fordert die frühzeitige Einbindung der Wirtschaft in diesen Prozess. In Niedersachsen gäbe z. B. schon Arbeitsgruppen mit dem Umweltministerium und den Umweltverbänden zum Thema BR und FFH. Dies würden sie sich auch für die anderen Länder wünschen. Dabei müssen hier auch die regionalen Besonderheiten berücksichtigt werden.

Grundsätzlich beziehen sich die im Text der Studie vorgeschlagenen Restriktionen für den oberflächennahen Rohstoffabbau auf den Abbau von Gips und Anhydrit, in den Empfehlungen der Studie werden diese genannten Grundsätze aber auch bei der Planung von Kies und Sand angewandt. Das würde bedeuten, dass eine mittelfristige Beendigung des großflächigen Kies- und Sandabbaus geplant ist und eine qualifizierte Beendigung vorhandener Abbauflächen und Abbaustellen die Folge wäre.

Gerade vor dem Hintergrund der weitreichenden Empfehlungen der UBA-Studie hält sie es für notwendig, das Angebot von Frau Mattern, das Konzept gemeinsam mit der Region weiterzuentwickeln, aufzugreifen.

- - Diskussion

In der Diskussion verweisen die AGBR-Mitglieder auf zahlreiche positive Beispiele für die Abstimmung von Zielen und auf konkrete Projekte, die mit Vertretern der Wirtschaft in den Regionen abgesprochen worden seien.

Die Teilnehmer sind sich grundsätzlich einig, dass die Problematik FFH-Gebietsmeldung und Biosphärenreservate (BR) getrennt werden sollte. Herr Dr. Kersten vom Bundesverband der Gips- und Gipsplattenindustrie sieht die Standpunkte der AGBR und der Interessenvertreter der Steine-und-Erden-Industrie nicht weit auseinander. Die vorliegenden Erfahrungen

sollten genutzt und ausgetauscht werden. Es solle aber vermittelt werden, was das BR bringt, wie sich die Steine-und-Erden-Industrie in die Konzepte integrieren kann.

Offen diskutiert wird auch die Fragen des Umganges miteinander. Dabei gehe es um die korrekte Darstellung von Positionen und rechtlichen Vorgaben. Als positives Beispiel wird die offene Planung zum Rahmenkonzept für das BR Rhön genannt, das jetzt in wesentlichen Teilen in die Regionalplanung übernommen worden ist bzw. wird. Die Vertreter der AGBR bieten dem Verband Steine und Erden an, sich konkret vor Ort in den BR kundig zu machen. Die Teilnehmer verständigen sich zur weiteren Verfahrensweise auf die nachfolgende gemeinsame Erklärung:

Gemeinsame Erklärung

der Arbeitsgruppe der Biosphärenreservate in Deutschland und der Steine-und-Erden-Industrie, verabschiedet anlässlich der 21. Sitzung der Arbeitsgruppe am 30.4.1999 am Umweltbundesamt in Berlin

1. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe der Biosphärenreservate in Deutschland und die Vertreter der Steine-und-Erden-Industrie stellen fest, dass sowohl die endliche Ressource Steine und Erden als auch das Schutzgut Arten und Lebensräume einer zunehmenden Verknappung unterliegen. Beide Güter sind standortgebunden. Eine nachhaltige Entwicklung muss von langen Planungszeiträumen ausgehen.

2. Die Beteiligten sehen gemeinsam dringenden Handlungsbedarf zur Konkretisierung und Operationalisierung des Begriffs "Nachhaltige Entwicklung" in Bezug auf die Sicherung und Nutzung dieser endlichen Ressourcen.

3. Eine Lösung dieses Spannungsfeldes kann dauerhaft nur zustandekommen, wenn folgende Grundsätze eines konstruktiven Dialogs gewahrt werden:

- Vollständige und frühzeitige gegenseitige Information der Betroffenen über Tatsachen und Absichten
- Fairness im Umgang untereinander und vor Dritten.

4. Die Potentiale der Steine-und-Erden-Industrie zur Mitgestaltung einer dynamischen Entwicklung der Kulturlandschaft sollen ausgeschöpft werden.

5. Biosphärenreservate können auch Modelllandschaften für eine nachhaltige Lösung des Konfliktes Rohstoffsicherung und Naturschutz sein.

Die Unterzeichner:

- Ständige Arbeitsgruppe der Biosphärenreservate in Deutschland (AGBR) - Bundesverband Steine und Eden e. V.
- Bundesverband Gips- und Gipsbauplattenindustrie e. V.
- Arbeitsgemeinschaft Harzer Gipsunternehmen/Heidelberger Zement
- Verein zur Förderung nachhaltiger regionaler Wirtschaftsentwicklung e.V. (FNW), Hannover.

11. Genossenschaft Südindischer Steinbrucharbeiter gegründet

Als Blick über den Tellerrand ist dieser Bericht aus dem Internet gedacht – die indischen SteinbrucharbeiterInnen, die ganz andere Abbauquoten und ganz andere Probleme haben, stehen uns Bürgerinitiativen im Einem nahe: Sie stehen oft ohnmächtig daneben, daß die Machtverhältnisse ein zukunftsverträgliches Leben nicht ermöglichen. Und sie wehren sich wie wir dagegen.

"Wieviel abbricht, ist Glückssache" - Durch Selbstorganisation das Arbeiten erträglicher gestalten

Südindiens Steinbrucharbeiter organisieren sich, um auf diesem Weg ihre gesellschaftliche Isolation zu überwinden. In zwölf Steinbrüchen wurden die neuen Ideen schon umgesetzt. 20 weitere sind mit der Fragen nach eigenverantwortlicher Organisation konfrontiert. Arbeitsbedingungen und die Versorgungssituation für die Beschäftigten haben bei den genossenschaftlichen organisierten Steinbrüchen bereits erhebliche Verbesserungen erfahren.

"Wie ist die Situation der deutschen Steinbrucharbeiter?" fragt Kanniamma neugierig. Erstaunt blickt die 43jährige auf, als sie erfährt, dass ein solcher Berufsstand in Deutschland gar nicht existiert. "Wieso nicht? Braucht man denn in so einem reichen Land keine Steinbrucharbeiter mehr?" hakt sie irritiert nach.

Mit einem Lederbalg bläst Kanniamma immer wieder Luft in den kleinen Lehmofen. Es ist noch vor Sonnenaufgang, als ihr Mann seine rotglühenden Meissel aus der Glut nimmt, um die stumpf geschlagenen Handwerkszeuge neu zu schmieden. Ein Prozedere, wie es bei allen Familien in Swethenthera Nagar, einem Ort von Steinbrucharbeitern 20 Kilometer ausserhalb von Bangalore, vor jedem Arbeitstag zu beobachten ist. Ähnlich sieht es in allen Steinbrüchen im Grossraum aus, in denen etwa 30.000 Menschen arbeiten. Ein Heer von Menschen, das den Bauhunger der südindischen Boomtown stillt, die in einem Vierteljahrhundert von 2,5 Millionen auf fünf Millionen Einwohner wuchs.

Unaufhörlich braucht Bangalore neue Steine – große für Mauern und Fundamente, kleine für Strassen. Die Baubranche wächst und wächst, und so wird im grösseren Umkreis der Computer-Metropole in mehr als 100 Steinbrüchen Granit herausgearbeitet. Vorwiegend mit blosser Hände Kraft pickeln sich die Steinbrucharbeiter, Frauen, Männer wie Kinder, in den granitenen Stein hinein. Mit Brechstangen, Meisseln, Dynamit und Vorschlaghämmern verschiedener Grössen.

Genossenschaftlich organisiert

Die Arbeiter der genossenschaftlich organisierten "Independence Quarry" in Swethenthera Nagar gewinnen das Baumaterial aus drei Brüchen. Mehr als 100 Familien leben vom Granit. Tag für Tag klopfen, hauen und schlagen sie sich in das grauhelle Gestein, dessen Gefügigkeit eigenen Gesetzen unterliegt. "Wieviel abbricht, ist nicht selten Glückssache", erklärt Karunan. Seit vier Stunden ist der hagere Mann damit beschäftigt, entlang einer vorgezeichneten Linie kleine Spaltmeissel in den Stein zu treiben. Der 24jährige arbeitet wie ein Uhrwerk. "Klong, klong, klong" schlägt er mit seinem Fäustel auf die Meissel. "Manchmal brauchst du einen ganzen Tag für eine Scholle Stein, manchmal genügt schon ein halber", erzählt Karunan.

Als Neunjähriger begann Karunan im Steinbruch zu arbeiten, weil seine Mutter von Schergen des Steinbruchbesitzers ermordet wurde und er keine andere Überlebenschance hatte. Wenngleich die Mörder seiner Mutter nie bestraft wurden, ist doch zumindest der damalige Besitzer des Steinbruches längst von den Arbeitern der "Independence Quarry" vertrieben worden. "Der hat die Leute schikaniert, eingesperrt und sogar geschlagen", zeigt J. Manoharan auf das Anwesen des einstigen "Unternehmers". J. Manoharan kennt die Situation der Steinbrucharbeiter wie kein anderer und engagiert sich als Direktor der Quarry Worker's and Rural Integrated Development Society (Q.W.R.I.S.) seit mehr als einer Dekade.

Eigene Kräfte mobilisiert

Erst die von der damaligen Premierministerin Indira Gandhi ausgerufene Emergency Period, während der die Schuldnechtschaft abgeschafft wurde, befreite Hunderttausende Steinbrucharbeiter aus unmenschlichen Arbeitsverhältnissen. Der 80jährige Veeraswamy kam vor rund 50 Jahren aus Tamil Nadu nach Bangalore, weil ihm Agenten der Steinbruchbesitzers einen Job und Geld im voraus anboten. "Das war alles erlogen. Als ich hier ankam, war ich dem Pächter hilflos ausgeliefert. Wir mussten bis in die Nächte hinein arbeiten. Wenn jemand starb, mussten wir ihn liegen lassen und weiterarbeiten", erinnert sich der Alte.

"Die Steinbrucharbeiter hatten in Indien nie eine Lobby. Sie standen immer am Ende der sozialreligiösen

Skala", weiss J. Manoharan von der Q.W.R.I.S., die von der Kirchenorganisation Misereor unterstützt wird. Manoharan und seine Mitarbeiter versuchen mit ihrer Arbeit, das Bewusstsein in die eigenen Kräfte zu stärken und darüber hinaus den dörflichen Gemeinschaftssinn zu mobilisieren.

Besonderes Anliegen der Q.W.R.I.S. ist es auch, die Situation der Kinder zu verbessern. Die meisten Kinder der Steinbrucharbeiter haben nie eine Schule besucht. Mit dem Resultat, dass rund 80 Prozent der Steinbrucharbeiter Analphabeten sind. Verhängnisvoll angesichts der voranschreitenden Modernisierung Indiens.

Gemeinschaftliche Projekte

"Deshalb ist die Genossenschaft der Independence Quarry, bei der sowohl dörfliche als auch betriebliche Investitionen gemeinschaftlich bewältigt werden, ein Modell, um mit gebündelten Kräften aus der Misere herauszukommen", hofft Manoharan, dessen Ideen und Ansätze bereits in zwölf Steinbrüchen umgesetzt wurden. In weiteren 20 Steinbrüchen ist er derzeit unterwegs, um für diesen genossenschaftlichen Weg zu werben.

Bei der Independence Quarry hat sich die Situation in den letzten Jahren merklich gebessert. Gleichwohl bleibt die Schufferei knüppelhart, bei der es für die Tonne kleinzerschlagenes Granit 70 Rupien, umgerechnet drei Mark, gibt. Eine schon überdurchschnittliche Tagesleistung, die einer mühsamen, manchmal tagelangen Vorarbeit verlangt, um den Stein überhaupt "abbruchbereit" zu haben. "Wir brauchen für ein zehn Zentimeter tiefes Loch bis zu einem Tag", erklärt Karunan die meisselfressende Plackerei, bei der nicht selten Felssplitter in die ungeschützten Augen fliegen. Und es staubt gnadenlos.

Mittlerweile können die genossenschaftlich organisierten Steinbrucharbeiter aber in Eigenregie entscheiden, wieviel gearbeitet wird. Sie beschliessen gemeinsam, welche Projekte, ob nun Bewässerung, Elektrizität, medizinische Versorgung oder der Kindertransport zu den Schulen angepackt werden soll. Die Erfolge lassen sich in Swethenthera Nagar sehen: Es existiert inzwischen eine Trinkwasserversorgung, und es gibt auch einen dörflichen Entwicklungsplan, der das Abpumpen von Regenwasser aus den Steinbrüchen regelt. Ein wichtiger Punkt ist auch die eigene Vermarktung des Steinguts, bei der höhere Preise erzielt werden, als wenn das an Geschäftsleute abgegeben wird.

(Aus CONTRASTE Nr. 174)

CONTRASTE ist die einzige deutschsprachige überregionale Monatszeitung für Selbstorganisation.

CONTRASTE dient den Bewegungen als monatliches Sprachrohr und Diskussionsforum.

Entgegen dem herrschenden Zeitgeist, der sich in allen Lebensbereichen breitmacht, wird hier regelmässig aus dem Land der gelebten Utopien berichtet: über Arbeiten ohne ChefIn für ein selbstbestimmtes Leben, alternatives Wirtschaften gegen Ausbeutung von Menschen und Natur, Neugründungen von Projekten, Kultur von "unten" und viele andere selbstorganisierte und selbstverwaltete Zusammenhänge.

Desweiteren gibt es einen Projekte- und Stellenmarkt, nützliche Infos über Seminare, Veranstaltungen und Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt.

CONTRASTE ist so buntgemischt wie die Bewegungen selbst und ein Spiegel dieser Vielfalt. Die Auswahl der monatlichen Berichte, Diskussionen und Dokumentationen erfolgt undogmatisch und unabhängig. Die RedakteurInnen sind selbst in den unterschiedlichsten Bewegungen aktiv und arbeiten ehrenamtlich und aus Engagement.

Die Printausgabe der CONTRASTE erscheint 11mal im Jahr und kostet im Abonnement 80 DM. Wer CONTRASTE erstmal kennenlernen will, kann gegen Voreinsendung von 10 DM in Briefmarken oder als Schein, ein dreimonatiges Schnupperabo bestellen. Dieses läuft ohne gesonderte Kündigung automatisch aus.

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, Tel.

(0 62 21) 16 24 67, Fax 16 44 89 e-mail:

CONTRASTE@link-n.cl.sub.de oder

CONTRASTE@t-online.de

Internet: <http://www.contraste.org>
